



arbeitskreis  
indianer  
nordamerikas

## **PRESSEMAPPE**

Unterlagen zur Pressekonferenz

**„Sind dem ÖSV Menschenrechtsverletzungen gegen  
Indigene Kanadas gleichgültig?“**

**Datum: Do, 28. Juni 2007**

**Zeit: 10:30**

**Ort: Café Prückel - 1, Stubenring 24**

## **Sind dem ÖSV Menschenrechtsverletzungen gegen Indigene Kanadas gleichgültig?**

Das österreichische Skiteam trainiert im neuen „Nancy Greene International Race Centre“ des „Sun Peaks Resorts“ in der Nähe von Kamloops in Britisch Kolumbien/Kanada für die Olympischen Spiele in Vancouver 2010. Dieses Gebiet liegt im Herzen des Territoriums der Shuswap (Secwepemc) Nation und heißt in deren Sprache Skwel'wek'welt. Es umfasst verschiedenste Ökosysteme, die nun durch Abholzung, Bergbau, Massentourismus und andere kommerzielle Unternehmungen zerstört werden.

Fast 93% von Britisch Kolumbien sind öffentliches Land. Die Ausbeutung indigener Territorien für wirtschaftliche Zwecke geht direkt von der Provinzregierung aus und stellt einen klaren Verfassungsbruch dar. Laut einem Urteil des Obersten Gerichtshofes von Kanada (Delgamuukw Entscheid, 1997) bestehen nämlich die angestammten Rechte der Indigenen Kanadas weiter, solange sie nicht durch andere Abkommen ersetzt wurden. Die Shuswap Indianer unterzeichneten niemals Verträge mit der kanadischen Regierung betreffend die Abtretung oder sonstigen Nutzung ihres Landes. Sie kämpften von Anfang an für ihre Rechte und um ihr Land. Weder die Bundes- noch die Provinzregierung Kanadas setzten jedoch jemals Schritte, um die Indigenen in die Entscheidungsprozesse über die Nutzung ihres Landes einzubeziehen; von eventuellen finanziellen Entschädigungen oder gar Beteiligungen am Gewinn ganz zu schweigen.

Die meisten Indigenen leben weit unter dem durchschnittlichen Lebensstandard Kanadas und sind auf das Jagen und Fischen in ihren Territorien angewiesen. Der Verlust ihres Landes bedeutet für viele Indianer gleichzeitig auch den Verlust ihrer Identität als indigene Völker, sowie eine Schwächung ihres traditionellen Wissens und traditioneller Lebensweise. Daher hat sich die Shushwap Nation schon lange für ihre Rechte als indigenes Volk eingesetzt. Ihr Protestverhalten wird jedoch von den kanadischen Behörden kriminalisiert, sodass seit dem Jahr 2000 bereits mehr als 60 Shuswap Indianer in Sun Peaks verhaftet worden sind.

Das „Sun Peaks Skiresort“ wurde sowohl auf indigenem als auch auf öffentlichem Land erbaut und unentgeltlich dem japanischen Konzern Nippon Cables überlassen. Dieser Betreiber erhält im Gegenzug für die Errichtung der Skianlagen Land am Fuße der Skipisten, das „zur Entwicklung“ äußerst gewinnbringend an Private verkauft werden kann. Es handelt sich bei dieser Skianlage also auch um Immobilienspekulation, denn in den nächsten Jahren sollte das Skigebiet von 4.000 Einheiten (Betten) auf 24.000 Einheiten erweitert werden, was massive ökologische Auswirkungen auf das traditionelle Gebiet der Indigenen haben würde. In Kanada dürfen Chemikalien zur Herstellung von Kunstschnee verwendet werden, die direkt in den Wasserhaushalt des Gebietes einsickern - in Europa sind diese jedoch verboten. Weiters können Skigebiete in Kanada kostenlos auf Wasserreserven zugreifen, wobei Sun Peaks nicht einmal über eine angemessene Kläranlage verfügt.

Sun Peaks wirbt mit der Tatsache, das exklusive Trainingslager des „weltbesten“ Skiteams zu sein. Jedes Jahr wird der Saisonbeginn damit gefeiert, dass das österreichische alpine Skiteam bereits vor Ort trainiert. Zumindest indirekt werden dadurch der ÖSV und das österreichische Skiteam in die komplizierte Rechtslage verwickelt. Deshalb setzt sich der Arbeitskreis Indianer Nordamerikas dafür ein, dass das österreichische Skiteam nicht mehr im Sun Peaks Skiresort trainiert und dabei ein Unternehmen unterstützt, das wissentlich gegen die Menschenrechte indigener Völker verstößt und Polizeieinsatz fordert, um Shushwap Indianer von ihrem angestammten Territorium zu vertreiben.

Der Arbeitskreis Indianer Nordamerikas traf sich zusammen mit Arthur Manuel und MMag. Nicole Schabus sowohl mit Doktor Reinold Lopatka (Staatssekretär für Sport) als auch mit Herrn Doktor Klaus Leistner (Generalsekretär des ÖSV), um dieses Anliegen darzubringen. Dr. Reinold Lopatka erkannte sehr wohl die prekäre Lage der Indigenen in Sun Peaks und versprach, sich einerseits mit der kanadischen Botschafterin in Österreich, andererseits mit dem österreichischen Außenamt bezüglich dieses heiklen Themas in Verbindung zu setzen. Der Österreichische Skiverband sieht keinen Grund, sein Trainingslager aus Sun Peaks wegzuverlegen. Dr. Klaus Leistner schien auch Verständnis für die Shushwap Indianer zu haben und meinte, er bekundete Verständnis für Menschenrechte und ökologisch sensibel gestaltete Skianlagen ein, doch weigerte sich der Generalsekretär des ÖSV, die wichtige Rolle des österreichischen Skiteams einzusehen. Das Trainieren und die Benutzung eines Skigebietes seitens des Skiteams sei demnach nicht mit den Menschenrechtverletzungen der Provinzregierung und des „Sun Peaks Skiresorts“ in Verbindung zu bringen. Arthur Manuel machte ihn jedoch darauf aufmerksam, dass sich weder Sun Peaks noch der ÖSV hinter der kanadischen Regierung verstecken können, da Menschenrechte universell sind und auf allen Ebenen umgesetzt werden müssen (vgl. „corporate responsibility“).

Wenn das österreichische Skiteam in der kommenden Saison wieder im „Sun Peaks Skiresort“ trainiert, wird es sich mit den Protesten der Indigen persönlich auseinandersetzen müssen. Die Shushwap werden sich nämlich nicht scheuen, die Skifahrer direkt zu dem Problem anzusprechen.

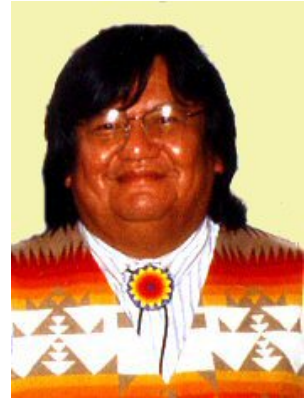
---

*Für den Text verantwortlich bzw. für eventuelle Rückfragen:*

Michaela Mayer-Daniels  
info@arbeitskreis-indianer.at  
0676/ 582 38 50

## ARTHUR MANUEL

Arthur Manuel gehört dem Neskonlith Stamm der Secwepmec Nation (Shuswap Nation) an, die in Kamloops, British Kolumbien leben. Er war sowohl Häuptling des Neskonlith Stammes für über acht Jahre als auch zur gleichen Zeit Vorsitzender des Shuswap Nation Tribal Councils (SNTC). Durch sein langjähriges politisches Engagement hat Arthur Manuel sehr gute Kenntnisse der lokalen indigenen Politik. Er hat jedoch vor allem auch Erfahrungen mit der Missachtung indigener Rechte von seitens der Bundes- und Provinzregierung, Rechte, die den Indianern jedoch vom Obersten Gerichtshof Kanadas zugesprochen wurden (z.B. Delgamuukw Entscheidung, 1997). Arthur Manuel ist somit in die Fußstapfen seines politisch sehr aktiven und bekannten Vaters, George Manuel, getreten. Dieser war u. a. Gründungsmitglied der Vereinigung indianischer Chiefs in British Kolumbien (UBCIC, Union of BC Indian Chiefs) und Gründer des Weltindigenenrates (World Council of Indigenous Peoples).



Herr Manuel ist der Sprecher vom „Indigenous Network on Economics and Trade“ (INET), einem Netzwerk indigener Organisationen, die sich auf internationalem Level für die Anerkennung der angestammten Rechte (Aboriginal and Treaty Rights) einsetzen. Indigene Rechte hängen eng mit makroökonomischen Themen zusammen, vor allem im Bezug auf längerfristige wirtschaftliche Prozesse wie Fragen über die Einkommensverteilung von Indigenen. Herr Manuel ist der Ansicht, dass indigene Völker durch ihr Wissen und traditionelle Werte in Bereichen wie ökologische Verantwortung und Nachhaltigkeit eine starke Führungsrolle übernehmen können.

Herr Manuel engagiert sich in internationalen Gremien wie im UN-Menschenrechtsbereich, in Aktivitäten der Biodiversitätskonvention und der Welthandelsorganisation (WTO). In diesem Zusammenhang konnte Arthur Manuel erfolgreich drei amicus curiae Briefe bei der „World Trade Organisation“ (WTO) einbringen, sowie einen Weiteren bei dem „North American Free Trade Agreement“ (NAFTA) bezüglich des kanadisch-amerikanischen Nadelschnittholz-Streites.

Arthur Manuel steht im engen Kontakt mit dem Arbeitskreis Indianer Nordamerikas und anderen Unterstützungsgruppen in Europa. Zur Erhöhung der Effizienz internationaler Aktivitäten beschäftigt er seit einigen Jahren die österreichische Juristin, MMag. Nicole Schabus, Mitglied des Arbeitskreises Indianer Nordamerikas, die sich auf internationales Wirtschaftsrecht sowie auf die Rechte indigener Völker spezialisiert hat.

## **INDIGENOUS NETWORK FOR ECONOMIES AND TRADE (INET)**

Das "Indigenous Network on Economies and Trade" (INET) ist eine indigene Organisation, die sich für den Schutz der traditionellen Rechte und der Selbstbestimmungsrechte indigener Völker einsetzt. Rechte indigener Völker haben sehr wohl auch eine volkswirtschaftliche Dimension, weil indigene Nationen eigenständige Wirtschaftssysteme haben. Diese stützen sich auf kollektive Entscheidungen und den Schutz von natürlichen Ressourcen. Indigene Völker halten traditionelles Wissen über ihr Land, Wasserressourcen und ihre Ökosysteme. Nur wenn dieses Wissen Teil des Entscheidungsprozesses betreffend die Landnutzung wird, kann die langfristige wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Nachhaltigkeit des Wirtschaftens in diesen Territorien gesichert werden. Derzeit weigern sich die Regierungen von Kanada und Britisch Kolumbien, dieses Wissen in Betracht zu ziehen und treten immer mehr Entscheidungen an Großkonzerne ab, die in der Forstwirtschaft, im Tourismus und auf dem Immobilienmarkt aktiv sind.

INET arbeitet mit indigenen Grassroot- Organisationen von Völkern in Britisch Kolumbien, Kanada, Nordamerika und in anderen Teilen der Welt, die sich für ihre Rechte jeweils vor Ort einsetzen. INET bringt die Anliegen dieser Gruppen auf internationaler Ebene vor den Vereinten Nationen, bei multi-nationalen Umweltverhandlungen und sogar bei der Welthandelsorganisation vor.

# DELGAMUUKW-ENTSCHEID: MEILENSTEIN FÜR DIE ZUKUNFT DER INDIANER KANADAS

Der Jahrhunderte dauernde Kampf der ersten Amerikaner um Anerkennung ihrer Rechte geht weiter

*(Von Nicole Schabus)*

Im Jahre 1980 führen an die tausend Indianer nach Ottawa, um für ihre Rechte als die eigentliche Urbevölkerung des Landes zu demonstrieren. Die Anreise erfolgte per Eisenbahn quer durch den Kontinent und ging als "Constitution Express" in die Geschichte ein. Initiatoren waren politisch besonders engagierte Indianerstämme der Provinz Britisch-Kolumbien. Sie hatten Erfolg: Im Artikel 35 der kanadischen Verfassung wurden die angestammten Rechte der indigenen Völker Kanadas als "Aboriginal Title and Rights" festgeschrieben.

Die Indianer sehen darin eine dritte, auf ihren traditionellen Rechtssystemen basierende Regierungsebene neben der der Bundesregierung und der der Provinzregierungen. Eine nähere Interpretation des Verfassungsartikels unterblieb jedoch, sodass es zwischen indigenen Gruppen und Regierungsstellen immer wieder zu Differenzen bezüglich der Auslegung kommt.

Nach wie vor sehen sich die Indianer um immer mehr ihrer angestammten Rechte gebracht. Immer größere Flächen ihrer traditionellen Gebiete werden durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zerstört. Der Profit, der aus den traditionellen Indianergebieten gezogen wird, macht jedoch einen großen Bogen um die indigenen Gesellschaften, während die Fläche, die ihnen als Reservatsland zugestanden wird, bei weitem nicht ausreicht, um der Bevölkerung wirtschaftliche Prosperität oder gar Autarkie zu sichern.

## **Landrechte anerkannt**

Im Zuge und als Schlusspunkt eines Rechtsstreites fiel im Dezember 1997 die so genannte "Delgamuukw-Entscheidung": Darin anerkennt der Oberste Gerichtshof von Kanada ausdrücklich die ursprünglichen Landrechte der Indianer. "Aboriginal Title", so der englische Terminus Technicus dafür, wird durch die Delgamuukw-Entscheidung nicht erst geschaffen, vielmehr anerkennt er, dass schon vor Ankunft der Europäer das Land unter den indigenen Gruppen rechtsgültig verteilt und abgegrenzt war. Außerdem bedeutet der Entscheid, dass die Indianer Rechte und Ansprüche (an Land), die sie vertraglich nie abgetreten haben, eben noch besitzen.

## **Urteil und Auslegung**

Die indigenen Gruppen Kanadas und der Oberste Gerichtshof vertreten gemeinsam die Auffassung, dass "Aboriginal Title" parallel zu anderen Landrechtsansprüchen, besonders bezüglich öffentlichen Eigentums, besteht. Das würde in der Praxis bedeuten, dass über Nutzung und Ausbeutung der Ressourcen auf traditionellem Indianerland nicht einseitig von der Bundesregierung oder der jeweiligen Provinzregierung entschieden werden kann, sondern ein Konsens mit den ursprünglichen Eigentümern, eben den indigenen Gemeinschaften, gesucht werden muss.

Die kanadische Bundesregierung hingegen sieht in der "Delgamuukw-Entscheidung" keinen allgemein gültigen, sondern einen spezifischen Richterspruch. Sie will "Aboriginal Title" nur dort gelten lassen, wo die Ansprüche jeweils per Gerichtsentscheid für ein bestimmtes Territorium zuerkannt werden. Dies bedeutet langwierige und kostspielige Prozesse für die indigenen Gruppen.

Für Stämme, die bislang noch keinerlei Verträge mit der kanadischen Regierung eingegangen sind, - das betrifft zum Beispiel fast alle Indianervölker der Provinz Britisch-Kolumbien - werden Verhandlungen angeboten. 1986 beschloss die Bundesregierung in Ottawa die "Comprehensive Claims Policy", ein Regierungsprogramm, das die Bedingungen und Ziele der Verhandlungen mit

Indianern umreißt.

Der Wermutstropfen dieser Politik besteht darin, dass die Indianer zuerst auf alle ihre grundsätzlichen Rechte als Ureinwohner des Landes verzichten müssen. Mit dem Vertrag würden ihnen dann "neue" Rechte von der kanadischen Regierung gegeben.

Die erste Gruppe in Britisch-Kolumbien, die nach dieser Richtlinie einen "modernen" Vertrag abgeschlossen hat, sind die Nisga'a. Nach beinahe 20-jährigen Verhandlungen haben sie nun seit April die vollen Verwaltungsrechte für das im Vertrag umrissene Gebiet, gerade acht Prozent ihres traditionellen Landes, eingeräumt bekommen. Von den 190 Millionen kanadischen Dollar, die die Nisga'a in den kommenden 15 Jahren ebenfalls erhalten - damit müssen die sich eine wirtschaftliche Basis schaffen, die alle künftigen Ausgaben des Stammes deckt - sind 50 Millionen Dollar für die im Verhandlungszeitraum entstandenen Kosten für Recherchen und Rechtsberatung, die die Regierung vorgeschossen hat, zurückzuzahlen.

Der Vorschuss wird auch fällig, wenn die Verhandlungen abgebrochen werden. Das ist eines der Druckmittel, das viele indigene Gruppen darin hindert, den Verhandlungstisch zu verlassen - trotz wachsender Frustrationen.

### **Kampf um Altrechte**

Führende Indianervertreter und Organisationen wenden sich vehement gegen die "Comprehensive Claims Policy" der kanadischen Regierung. In einem gemeinsamen Kommuniqué der "Assembly of First Nations" (AFN - Interessenvertretung der Statusindianer Kanadas), der "Union of British Columbia Indian Chiefs" (Union der Häuptlinge von Britisch-Kolumbien), der "Interior Alliance" (Allianz von fünf indigenen Nationen im Inland von Britisch Kolumbien) sowie des "First Nation Summit" (alle Gruppen, die sich derzeit in Britisch-Kolumbien in Verhandlungen befinden) wird bekräftigt, dass sie an "Aboriginal Title" und an den angestammten Rechten aller indigenen Gruppen in Kanada festhalten und nicht daran denken, diese Rechte aufzugeben.

In Anbetracht der Probleme, die sich aus der Diskrepanz zwischen der Entscheidung des Obersten Gerichtshofes einerseits und der Haltung der kanadischen Bundesregierung andererseits ergeben, bieten die Vertreter der indigenen Völker ihre Unterstützung bei der Neuordnung der Indianerpolitik an.

Eine Expertengruppe aus Indigenen und Regierungsvertretern soll die politischen Richtlinien der "Comprehensive Claims Policy" im Lichte des Delgamuukw Entscheids analysieren und Konzepte für eine Reform der umstrittenen Politik erarbeiten. Dieses Papier soll dann von den beteiligten Parteien in weiteren Verhandlungen ausgearbeitet werden.

### **Neue Basis für Beziehungen**

Als letzter Schritt müsste dann der Ministerrat der kanadischen Bundesregierung der neuen politischen Richtlinie zustimmen und für deren Umsetzung auf allen Ebenen sorgen. Ein solcher Prozess könnte zu einer Neudefinierung der Beziehungen zwischen den indigenen Völkern und den weißen Siedlern in Kanada führen.